

Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (2000). *Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 3/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44870>

Nutzungsbedingungen:

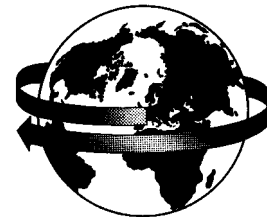
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 3/2000

6. Januar 2000

Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft

Zusammenfassung

Ende Dezember 1999 wurde im Internet und in russischen Zeitungen unter dem Namen Vladimir Putins ein Dokument publiziert, das Rußland den Weg in das neue Jahrtausend weisen soll. Es handelt sich um eine Zusammenstellung von Grundsätzen für Politik und Wirtschaft, ergänzt um einen Maßnahmenkatalog vorwiegend wirtschaftspolitischer Art. Zu lesen sind eine klare Absage an die sowjetische Vergangenheit, jedoch bemerkenswert wenig Kritik an den vorherigen Regierungen. Putin bekennt sich zu Marktwirtschaft und Demokratie, lehnt jedoch eine unmittelbare Übertragung westlicher Vorbilder auf Rußland ab. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen knüpfen an die Reformpolitik der Vorjahre an mit Ausnahme einer illusionären Hoffnung auf die Inangsetzung eines extrem hohen Wirtschaftswachstums, das Rußland in wenigen Jahren an das Niveau westlicher Industrieländer heranführen soll.

Pünktlich zum Jahreswechsel und kurz vor seiner Ernennung zum amtierenden Präsidenten Rußlands hat Ministerpräsident Vladimir Putin ein Programm publiziert, das Rußland den Weg in das neue Jahrtausend weisen soll.¹ Auch wenn es nicht originär aus der Feder dieses vielbeschäftigten Mannes stammen dürfte, sondern offenbar von einer erst im Dezember 1999 gegründeten Denkfabrik² verfaßt wurde, kann man unterstellen, daß es einige der Grundansichten dieses aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten widerspiegelt. Hier sollen die wirtschaftlichen Aussagen dieser Botschaft dargestellt und kommentiert werden, die Kernbestandteile eines angekündigten ausführlicheren Langfristprogramms vorwegnimmt.

Die wirtschaftliche und soziale Lage Rußlands

Bereits im zweiten Abschnitt des Dokuments – der erste enthält unter dem Titel "Neue Möglichkeiten, neue Probleme" Ausführungen zur zukünftigen postindustriellen Gesellschaft – wird die heutige Situa-

¹ Die vorliegende Darstellung folgt dem russischen Text in: V. Putin, *Rossija na rubeže tysjačiletij*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 30.12.1999, S. 4. Die englische Fassung erschien auf der neu eingerichteten Webseite der russischen Regierung (www.government.gov.ru).

² Nach B. Tumanov, *Putin v tylu vraga*, in: *Novoe vremja*, 1/2000, S. 18, handelt es sich dabei um den "Fond strategii razvitiia Rossii" unter Leitung von German Gref, dem Stellvertreter des Ministers für das Staatsvermögen. (Gref, ein 35jähriger Jurist, ist ein alter Bekannter Putins aus gemeinsamen Zeiten in der St. Petersburger Wirtschaftsverwaltung). Im russischen Text des Manifests ist von einem "Centr strategičeskich razrabotok" bzw. im englischen Text von einem "Strategic Research Centre" die Rede.

tion Rußlands charakterisiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Rußlands wird mit 3.500 US-\$ pro Einwohner angegeben, das entspricht (bei einer Einwohnerzahl von 146 Millionen) rund 500 Mrd. US-\$.³ Damit liege Rußland gegenüber den USA um das Zehnfache, gegenüber China um das Fünffache zurück.⁴ Aber nicht nur quantitativ, sondern auch strukturell unterscheide sich die russische Wirtschaft von den führenden Industriemächten: Die Energiewirtschaft zuzüglich Metallurgie erzeugen 15% des BIP sowie die Hälfte der Industrieproduktion und bestreiten 70% der Exporte. Die Kehrseite dieser Vormachtstellung der Primärerzeugung ist die niedrige Produktivität der verarbeitenden Wirtschaft, die nur 20-24% der Produktivität in den USA betrage. Der Grund dafür sei unter anderem die Überalterung der Produktionsanlagen in Rußland, von denen nur 5% weniger als 5 Jahre und über 70% länger als 10 Jahre in Betrieb seien. Das wiederum sei auf die niedrigen Investitionen zurückzuführen. Dies gelte auch für die ausländischen Direktinvestitionen, die sich in Rußland seit dem Ende der UdSSR nur auf 11,5 Mrd. US-\$ summierten, während China im gleichen Zeitraum 43 Mrd. US-\$ erhalten habe. Nur 5% der russischen Unternehmen würden technische Neuerungen entwickeln. Die Folge all dessen sei, daß Rußland auf dem Weltmarkt für hochtechnologische Erzeugnisse nichtmilitärischen Charakters keine Rolle spiele, da sein Anteil dort nur 1% betrage, derjenige der USA dagegen 36%. Gestreift werden nur soziale Fragen wie das niedrige Einkommensniveau, die problematische Gesundheitssituation und niedrige Lebenserwartung der Bevölkerung Rußlands. Die Lageschilderung konzentriert sich auf zahlenmäßig leicht faßbare wirtschaftliche Daten und bleibt damit eher an der Oberfläche der Probleme. Dagegen werden die institutionellen und sozialpsychologischen Schwächen der heutigen russischen Wirtschaft nicht ausreichend thematisiert. Allerdings wird die wirtschaftliche Problematik zutreffend auf das Erbe der Sowjetzeit zurückgeführt.

Wurzeln der Probleme liegen in der Sowjetzeit

Von den meisten russischen Kommentatoren der Wirtschaftslage werden die angeblichen oder wirklichen Fehler der "Reformer" (gemeint sind die russischen Regierungen 1992-1998) betont, und es werden grundlegende Kurswechsel der Wirtschaftspolitik gefordert. In seiner Millenniumsbotschaft macht Putin eindeutig das Erbe der sowjetischen Periode für die heutigen Probleme verantwortlich.⁵ Die Sowjetwirtschaft habe die Rohstoffsektoren sowie die Rüstungswirtschaft übermäßig und auf Kosten der Konsumgütererzeugung und des Dienstleistungssektors entwickelt. Vernachlässigt wurden moderne Industriezweige wie Informatik, Elektronik und Telekommunikation (gemeint sind offenbar deren nichtmilitärische Anwendungen). Da in der Sowjetzeit kein Wettbewerb zugelassen wurde, sei der wissenschaftlich-technische Fortschritt behindert worden. Zwar seien auch in der postsowjetischen Periode vermeidbare Fehler begangen worden, doch habe man den Hauptproblemen, mit denen die Gesellschaft konfrontiert gewesen sei, gar nicht ausweichen können. Heute ernte man die materiellen und mentalen Früchte der vergangenen Jahrzehnte.

Das Dokument übernimmt hiermit die Positionen der russischen Wirtschaftsliberalen und steht in deutlichem Gegensatz zu der in Rußland weitverbreiteten und von Sowjetnostalgie geprägten Ansicht,

³ Westliche Schätzungen (etwa der Weltbank oder der Londoner Economist Intelligence Unit in ihrem Country Report Russia) liegen bei rund 600 Mrd. US-\$ bzw. rund 4.100 US-\$ pro Einwohner. Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle derartigen Angaben über das russische BIP auf Grund der Unvollkommenheit der Berechnungsgrundlagen nur grobe Schätzungen darstellen. In allen Fällen ist das BIP zu Kaufkraftparitäten gemeint, also nicht das zum Wechselkurs umgerechnete BIP, das nur weniger als 200 Mrd. US-\$ beträgt. Rußlands BIP erreicht mit 500-600 Mrd. US-\$ bzw. rund 1.000 Mrd. DM einen Anteil von rund 30% am BIP der Bundesrepublik Deutschland (1998: 3.680 Mrd. DM).

⁴ Genaugenommen ist der Abstand zu diesen wirtschaftlichen Großmächten noch erheblicher: Bei einem BIP der USA von rund 8.000 Mrd. US-\$ und Chinas von rund 4.000 Mrd. US-\$ beträgt er das Sechzehnfache bzw. Achtfache. Vgl. auch BIOst (Hrsg.), Rußlands Perspektiven: Kritische Faktoren und mögliche Entwicklungen bis 2010, in: Berichte des BIOst, 25/1999, S. 8-10.

⁵ Diese Ausführungen, die an eine traditionelle sowjetologische Kritik der Sowjetwirtschaft erinnern, stellen einen bemerkenswerten Beitrag zur innerrussischen Diskussion dar, wo die unter Gorbatschow begonnene Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit inzwischen fast vollständig zum Erliegen gekommen ist.

wonach die heutige Misere Rußlands vor allem das Werk verblendeter Reformer und westlicher Einflüsse gewesen sei und erst mit Gorbatschow und Jelzin begonnen habe. Während von dieser Seite immer wieder ein "grundsätzlicher Kurswechsel" der Reformpolitik gefordert wird, sagt Putin in seiner Botschaft ausdrücklich, daß es zu dem Weg, den Rußland in den letzten Jahren gegangen sei, und den auch die gesamte Menschheit gehe, keine Alternativen gegeben habe und gebe.

Lehren aus der Vergangenheit

In einem weiteren Abschnitt werden drei "Lehren für Rußland" aus seiner (sowjetischen) Vergangenheit gezogen:

- Erstens sei Rußland unter dem Vorzeichen der kommunistischen Doktrin 70 Jahre in eine Sackgasse marschiert und gegenüber den entwickelten Ländern wirtschaftlich stetig zurückgeblieben.
- Zweitens könne das Land keine weiteren extremen sozialen Experimente, seien sie kommunistischer, national-patriotischer oder radikal-liberaler Art, mehr ertragen. Nur evolutionäre, schrittweise und ausgewogene Methoden seien anwendbar.
- Drittens könne die Erneuerung Rußlands weder durch Übernahme abstrakter Lehrbuchmodelle noch durch die mechanische Kopie von Erfahrungen anderer Länder erfolgen. Die universalen Prinzipien der Marktwirtschaft und der Demokratie müßten mit der russischen Realität organisch verbunden werden.

Mit den oben genannten Lehren grenzt sich Putin einerseits von "linken", sowjetnostalgischen Positionen ab und erteilt implizit auch der möglichen Orientierung an China eine Absage, andererseits kritisiert er auch den Glauben an den Erfolg westlicher Standardmodelle der Wirtschaftsentwicklung, wie sie von IWF und Weltbank propagiert werden. Offen bleibt hier und auch im Folgenden allerdings, wie der besondere "russische Weg" genau aussehen soll.

Wirtschaftswunderträume

Im Abschnitt "Chancen für eine würdige Zukunft" wird eine schnelle Erholung aus der gegenwärtigen Krise dargelegt. Rußland könne bei einem 15 Jahre anhaltenden Wirtschaftswachstum von 8% pro Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner von Ländern wie Portugal oder Spanien erreichen. Wenn die Wachstumsrate des BIP sogar 10% betrage, werde nach 15 Jahren Großbritannien oder Frankreich eingeholt.⁶ Dabei sei das Wirtschaftswachstum nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische, und "in gewisser Weise eine ideologische" Angelegenheit. Deshalb auch wird in den folgenden Abschnitten auf die "russische Idee" und den "starken Staat" eingegangen.

Unter Berücksichtigung der drei oben genannten "Lehren" muten die hier angestellten Berechnungen wie ein gedanklicher Purzelbaum an. Wachstumsraten von 8-10% pro Jahr über einen fünfzehnjährigen Zeitraum hinweg – und das bedeutet eine Verdreifachung des BIP – wurden nur von wenigen Ländern wie Japan nach dem Zweiten Weltkrieg sowie von der Volksrepublik China nach 1978 erreicht, jedoch von keinem der Transformationsländer in Ostmitteleuropa. Es wird auch übersehen, daß sich das anvisierte Ziel bewegt: Wenn davon ausgegangen wird, daß die westlichen Industrieländer auch nur ein mittleres Wirtschaftswachstum von 2% aufweisen, wird die erforderliche Wachstumsrate noch höher und liegt damit in einem vollständig irrationalen Bereich.

Die Kalkulation mit den zum wirtschaftlichen Aufholen erforderlichen Wachstumsraten mißachtet die drei oben erwähnten Lehren und unterstellt Voraussetzungen, die in Rußland nicht vorliegen. Im Gegensatz zur Absage an Ideologien ist – allerdings konsequenterweise – wieder von Ideologie die

⁶ Zum Vergleich: Nach Angaben der Weltbank (The Little Data Book 1999, Washington 1999) betrug 1997 das BIP pro Einwohner in Portugal 11.000 US-\$, in Spanien 14.500 US-\$, in Großbritannien 21.000 US-\$ und in Frankreich 26.000 US-\$.

Rede, ohne die ein notwendigerweise vom Staat gesteuertes Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar ist. Ebenso ist ein extrem hohes Wirtschaftswachstum bei der geforderten evolutionären, schrittweisen Entwicklung nicht wahrscheinlich. Eine realistische Betrachtung führt dagegen zum Ergebnis, daß das Wirtschaftswachstum in Rußland noch auf Jahre hinaus – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – niedrig sein wird.⁷

Wirtschaftspolitische Maßnahmen als Elemente eines Langzeitprogramms

In einem abschließenden Teil über die "effektive Wirtschaft" wird eine Reihe von Maßnahmen genannt, die Elemente einer "langfristigen gesamtnationalen Entwicklungsstrategie" sein sollen. Sie sollen nicht nur das gewünschte hohe Wirtschaftswachstum bewirken, sondern Rußland in den kommenden zwei Jahrzehnten in ein "hochentwickeltes, blühendes und großes Land der Welt" verwandeln und dadurch die Gefahr bannen, daß das Land "in die zweite oder sogar dritte Reihe der Staaten der Welt" zurücktritt. Das von Putin sanktionierte Programm unterscheidet sich damit von mittelfristigen Regierungsprogrammen der vergangenen Jahre nicht nur durch seinen wesentlich längeren Zeithorizont, sondern auch durch seine außerordentlich hoch gesteckten Ziele. Aber lösen die vorgesehenen Maßnahmen diesen Anspruch auch ein? Gefordert wird:

- Erstens die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, wobei die positive Rolle des Auslandskapitals außergewöhnlich stark betont wird. Ohne daß dem Grundgedanken widersprochen werden soll, muß doch auch an dieser Stelle vor unrealistischen Erwartungen gewarnt werden. Selbst wenn die Anlageinvestitionen auf das Dreifache anstiegen (also von gegenwärtig rund 500 US-\$ auf 1.500 US-\$ pro Einwohner und Jahr), wäre das nur ein Drittel bis die Hälfte des Betrages, den westeuropäische Länder wie Deutschland, England oder Frankreich, die bereits über eine hoch entwickelte Wirtschafts- und Infrastruktur verfügen, pro Einwohner aufwenden können.⁸ In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre lagen die ausländischen Direktinvestitionen in Rußland in der Größenordnung von 2-3 Mrd. US-\$ pro Jahr, also bei rund 0,5% des BIP. Wenn auch diese den dreifachen Umfang annehmen, bedeutet das "nur" einen Anteil von 1,5% des BIP oder rund 10% der Gesamtinvestitionen. Daraus folgt, daß der weit überwiegende Teil der Investitionstätigkeit aus heimischen Quellen finanziert werden muß, wofür die Grenzen durch die in der Botschaft betonte Notwendigkeit, den privaten Verbrauch sowie die Staatsausgaben nicht weiter zu beschneiden, eng gezogen sind.⁹
- Zweitens eine aktive Industriepolitik des Staates; diese Forderung wird seit vielen Jahren erhoben, ohne daß konkrete Schritte erkennbar werden.
- Drittens eine rationelle Strukturpolitik, worunter die Förderung sowohl der Finanz-Industrie-Gruppen als auch der Klein- und Mittelunternehmen und die Regulierung der "natürlichen Monopole" verstanden wird. So wenig gegen Industrie- und Strukturpolitik generell etwas eingewandt werden soll, so sehr kann nur immer wieder darauf verwiesen werden, daß es bei beiden nicht auf das "ja" oder "nein", sondern auf das "wie" ankommt.¹⁰
- Viertens die Bildung eines effektiven (staatlichen) Finanzsystems, worunter Maßnahmen wie eine bessere Budgetkontrolle, eine Steuerreform, die Beseitigung von Zahlungsrückständen, Tausch

⁷ Die Londoner Economist Intelligence Unit (EIU) erwartet für die nächsten Jahre ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2-3%, siehe Country Report Russia, 4/1999, S. 13.

⁸ Der Grund für diese Unmöglichkeit des Aufholens, die auch im Verhältnis der Entwicklungsländer zu den Industrieländern vielfach beobachtet wird, liegt in der niedrigen gesamtwirtschaftlichen Produktivität der Nachzügler: Selbst hohe Investitionsanstrengungen (Investitionsquoten) ergeben daher nur geringe Investitionen pro Einwohner.

⁹ Eine lang anhaltende Zuwachsrate des BIP in der Größenordnung von 10% erfordert dagegen eine Spar- und Investitionsquote von mindestens 40% am BIP und eine entsprechende Reduktion der privaten Konsum- und Staatsausgaben. Derartige hohe Investitionsquoten wurden nur von südostasiatischen Ländern bei sehr geringen Staatsquoten erreicht.

¹⁰ R. Götz, Die Kluft zwischen Rußland und dem Westen: Historische Perspektiven und Szenarien, in: Berichte des BIOst, 15/1999, insbes. S. 25 f.

(barter) sowie Zahlungssurrogate, die Dämpfung der Inflation, ein stabiler Rubel, die Schaffung von "zivilisierten" Finanzmärkten und die Restrukturierung des Bankensystems verstanden werden. Hierzu sei nur angemerkt, daß all dies zu den Voraussetzungen eines auch nur mittleren Wirtschaftswachstums gehört, andererseits aber nach aller Erfahrung keine Angelegenheit von Monaten, sondern eher von Jahren ist.

- Fünftens die "Verdrängung" der Schattenwirtschaft (von Putin hier auf 40% des legalen BIP geschätzt¹¹) sowie die "Liquidierung" der organisierten Wirtschaftskriminalität. Auch wenn man den programmatischen Charakter des Textes berücksichtigt, muß man sich über die Unbekümmertheit (oder Naivität?) wundern, mit der diese Forderungen formuliert werden. Schattenwirtschaft und Wirtschaftskriminalität sind im heutigen Rußland derart fest verankert, daß es eines langen Atems und ausgeklügelten Vorgehens bedarf, um sie auch nur merklich zurückzudrängen bzw. ihre weitere Ausbreitung zu verhindern.
- Sechstens die Förderung der Weltmarktintegration Rußlands, wozu der Aufbau einer Exportförderungsagentur, die Exportgarantien für russische Exporteure vergibt, ebenso gehören soll wie der Beitritt zur WTO und der "entschlossene Widerstand der Diskriminierung Rußlands auf den Weltmärkten", womit westliche Antidumpingmaßnahmen gemeint sind. Auch auf diesem Sektor sind aber keine schnellen und durchgreifenden Änderungen zu erwarten: von einem Beitritt zur WTO kann erst in ferner Zukunft die Rede sein.
- Siebtens eine moderne Agrarpolitik einschließlich einer Wiedererstehung des russischen Dorfes. Die kritische Frage des Privateigentums an Grund und Boden wird mit der Formulierung einer "organischen Verbindung von Maßnahmen der staatlichen Regulierung mit der marktwirtschaftlichen Reform in den Eigentumsbeziehungen" mehr umgangen als geklärt.

Alle sieben Maßnahmenkomplexe weisen zweifellos zwar in die richtige Richtung, stellen aber keine überzeugenden Programme dar, da jegliche Diskussion ihrer Realisierungsbedingungen fehlt. So besteht die Gefahr, daß man so endet, wie der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin formuliert hat: "Wir wollten es besser machen, aber es kam wie immer".

Staat und Wirtschaft

Ebenso wie die hier nicht behandelten Ausführungen zum Verhältnis von Demokratie und starkem Staat sind auch die vorgetragenen Ansichten zur Rolle des Staates in der Wirtschaft mehrdeutig und widersprüchlich. Einerseits finden sich bemerkenswerte Verweise auf ökonomische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen der Sowjetzeit und eine Absage an die Rückkehr zum System der direktiven Planung und Lenkung. Andererseits erinnern die angestellten Überlegungen zu dem für das Einholen der westlichen Industrieländer erforderlichen Wirtschaftswachstum teilweise durchaus an die Gedankenwelt dieser vergangenen Zeiten. Das Dokument wirkt hier nicht nur unausgereift, sondern schlägt geradezu eine fatale gedankliche Fehlrichtung ein, indem die angestrebte "Größe" Rußlands mit einem durch einen demokratischen Staat und die marktwirtschaftliche Ordnung nicht erzwingbaren Wirtschaftswachstum à la Belarus identifiziert wird.

In diesem Zusammenhang wird die überwiegend "technokratische" Sichtweise von Putins Millenniumsbotschaft besonders deutlich. Auch die in der Studie fehlenden Fragestellungen verweisen auf seinen (ungewollt oder absichtlich?) "unpolitischen" Ansatz: Die kürzlich beschlossene Union mit Belarus wird ebensowenig thematisiert wie die föderale Ordnung und die Beziehungen Moskaus zu den russischen Regionen; bestenfalls finden sich inhaltslose und verdächtig an alte Zeiten erinnernde Formulierungen wie "Vervollkommnung der föderalen Beziehungen". Weder nationale noch soziale

¹¹ Die amtliche russische Statistik bezieht in ihre Berechnung des BIP den Teil der Schattenwirtschaft ein, der auf legale Tätigkeiten entfällt, für die Steuern hinterzogen werden und nimmt ihn mit einem Viertel des ausgewiesenen BIP an. Der Umfang der von vornherein illegalen Tätigkeiten, der im amtlichen BIP nicht erscheint, soll denselben Umfang haben, vgl. M. Ignatova, *Neznajka na lune: Kak u nas sčitajut tenevuju ékonomiku*, in: *Izvestija*, 6.1.2000, S. 3.

Gruppen und Schichten werden angesprochen. Statt dessen ist nur von "Rußland" und den "Rußländern" die Rede.¹² In Putins Botschaft wird der Eindruck erweckt, als ob es "nur" einiger Maßnahmen, die im offenbaren Interesse

¹² Rußländer (rossijane) sind die Einwohner Rußlands ohne Berücksichtigung ethnischer Zugehörigkeit.

aller rechtschaffenen Bürger Rußlands (mit Ausnahme einiger Krimineller und korrupter Staatsdiener) liegen, bedürfe, um das nachzuholen, was in den vergangenen acht Jahren Wirtschaftstransformation nicht erreicht werden konnte.

Daß sich inzwischen – wie in jeder nichttotalitären Gesellschaft – mehr oder weniger mächtige Interessengruppen und politische Lager gebildet haben, die keineswegs "an einem Strang" ziehen, wird verkannt, bzw. es werden daraus problematische Schlüsse gezogen: Als "Lehre der neunziger Jahre" wird die Schaffung eines "ganzheitlichen Systems der staatlichen Regulierung der Wirtschaft und der sozialen Sphäre" gefordert. Der Staat solle die "wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des Landes effektiv kontrollieren, ihre Interessen ins Gleichgewicht bringen, die optimalen Ziele und Parameter der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen sowie die Bedingungen und Mechanismen ihrer Erreichung schaffen". Dies ginge über die Auffassung hinaus, wonach der Staat im Verhältnis zur Wirtschaft nur die Spielregeln ausarbeiten und ihre Beachtung kontrollieren solle. Nicht nur die aus der Sowjetsprache stammende Wortwahl, sondern auch der Inhalt dieser Formulierungen deutet auf ein autoritäres Staatsverständnis hin. Dabei ist zu bedenken, daß es sich in Rußland nicht um einen parlamentarisch kontrollierten Staat, sondern um ein Präsidialregime handelt, das offen läßt, welche Kräfte bzw. Interessen dieses Regime beeinflussen.

Unklar bleibt, ob das in Putins Millenniumsbotschaft enthaltene Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft ernst gemeint ist, oder ob nicht in Wirklichkeit eine die Interessenkonflikte durchbrechende Mobilisierung der Gesellschaft anvisiert wird.¹³ Putins Programm, das Rußland den Weg in die Zukunft zeigen soll, weist sowohl vorwärts als auch zurück.

Roland Götz

¹³ Näheres dazu: BIOst (Hrsg.), Rußlands Perspektiven, a.a.O., insbes. S. 38 ff.